

7.7.2009

# Aufdraht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!



## Nein zur Rente mit 67!

Die Metall-Unternehmer sind alarmiert: die Rente mit 67 wird in der Bevölkerung nach wie vor vehement abgelehnt, die IG Metall wird bei dem Thema wieder aktiv. Deshalb warnen die Bosse, dass ausgerechnet in der Krise Sozialleistungen ausgebaut werden sollten. Das Geld brauche die Industrie, um nach der Krise in ihre Strukturen zu investieren. (Süddeutsche Zeitung, 25. Juni 2009)

Ja, das Geld wollen sie immer, vor der Krise - und in der Krise erst Recht! Wir sollen die Krise bezahlen, heißt das. Die Krise, die sie verursacht haben. Das müssen wir verhindern!

Das dicke Ende der staatlichen Rentenpolitik kommt sonst in Form von Altersarmut auf uns zu. Die „Reformen“ bedeuten nämlich nichts anderes als arbeite länger, habe weniger, spare mehr!

Die IG Metall hat damals, wie die anderen Gewerkschaften auch, die Pläne der Regierung Schröder nicht verhindern können. Sie hat protestiert, aber nicht den Streik organisiert. Angestrebt wird von Regierung und Kapital das sogenannte „Drei-Säulen-Modell“: erstens die Schrumpfung der gesetzlichen Rentenversicherung auf eine minimale Grundversor-

Fortsetzung auf Seite 2

### In dieser Ausgabe:

**Öffentlicher Dienst:** ein Resumee nach 14 Wochen Streik ..... 2

Neues aus **Oce:** Tariferhöhung verschoben und 300 sollen gehen ..... 4

**Monopole** in der Krise: zur Lage bei MAN, BMW, Siemens und Karstadt ... 6

Schüler wehren sich: **Schulstreiks** überall - auch in München ..... 7

## Verdi will Monopol für die Telekom

Eine der größten Kampagnen der Telekom ist im Anrollen. Sie will damit das Monopol im bundesrepublikanischen Glasfaserausbau erhalten. Betriebsversammlungen mit der Telekom-Führung Obermann und Sattelberger sowie Politikern wie Steinmeier und Seehofer sind geplant. Die Belegschaft soll auf das Ziel eingeschworen und vor den Karren der Telekom gespannt werden.

Wer aber unterstützt die Sache massiv? Die Gewerkschaftsführung von Verdi! Warum das? Warum diese bedenkliche Geschichte? Begründet wird die Parteinahme für die Telekom mit dem Argument:

Wenn die Telekom nicht den alleinigen Nutzen dieser Technologie bekommt und dadurch hohe (noch höhere!) Profite erzielt...

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 1

## Nein zur Rente mit 67!



Eines ist sicher: „Die Rente ... schrumpft!“

gung, die als Ergänzung zweitens eine Betriebsrente und drittens private Vorsorge benötigt, um im Alter über die Runden zu kommen.

### Gesetzliche Rente wird geschrumpft

Für manche Mitglieder der gesetzlichen Rentenversicherung ist das Ergebnis der letzten „Reformen“ bereits erreicht: eine Art beitragsfinanzierte Sozialhilfe bekommen sie. In 13 Jahren wird es die Durchschnittsrente aller Rentner sein. Das haben wir der Einführung des sog. „Riester-Faktors“ zu verdanken (auch demografischer Faktor genannt, d.h. weil die Bevölkerung immer älter wird, sollen die Renten sinken!!!). Zweitens durch mehrere Nullrunden. Die Rente mit 67 wird dabei ein zusätzlicher Faktor für Rentenkürzung. Wer vorzeitig ausscheidet, muss hohe Abschläge in Kauf nehmen. Und nur die wenigsten werden angesichts des zunehmenden Drucks in den Betrieben dieses Rentenalter erreichen.

Die durchschnittliche Rente ist ohnehin schon auf kümmerliche 718 Euro (im Jahr 2006) gesunken - im Jahr 2003 waren es noch 831 Euro. Frauen kommen dabei bloß auf 509 Euro, Männer immerhin auf 984 Euro.

Eigentlich müsste nach den Vorgaben der Bundesregierung wegen der sinkenden Bruttolöhne dieses Jahr eine Rentenkürzung erfolgen - aber das scheint ihr vor der Wahl zu unpopulär. Nach der Wahl haben wir dann dafür jahrelang Nullrunden zu erwarten, und der Ruf nach Kürzungen wird wieder lauter werden.

### Hoffnung auf private Vorsorge geplatzt

Betriebsrente hieß einmal, dass der Betrieb den Beschäftigten freiwillig eine Rente zahlt je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit. Da das Unternehmen sie steuerlich absetzen kann, war das auch für den Betrieb interessant. Diese Zeiten sind längst vorbei - Betriebsrente heißt heute Pensionsfonds oder Riesterrente oder Rüruprente.

Gemeinsam ist ihnen, dass sie private Vorsorge sind, d.h. allein vom Beschäftigten bezahlt werden. Alle beruhen auf Kapitaldeckung. In der Krise hat das für viele Kollegen ihren Reiz verloren, da wurde klar, was Kapitaldeckung heißt, nämlich Risiko der Pleite.

Die Verluste der Aktienfonds liegen bei etwa 20 Prozent. Aber Riester- und Rüruprente sind auch nicht so attraktiv wie versprochen: trotz staatlicher Förderung gleichen sie gerade mal die Inflation aus.

Für große Teile der Bevölkerung, die nur Niedriglöhne oder Hungerlöhne erhalten, die erwerbslos sind und Hartz-IV beziehen, sind die Aufrufe zur privaten Vorsorge ohnehin ein Hohn. Sie müssen sogar ihre Lebensversicherung auflösen, bevor sie Hartz-IV bekommen.

### Die gesetzliche Rente muss zum Leben reichen.

Kämpfen wir für die Rücknahme der „Rentenreformen“ der letzten Jahre, vor allem für die Beseitigung der Rente mit 67. Das nützt auch den Jungen, wenn die Alten kürzer arbeiten müssen.

Das sei nicht zu bezahlen, erklären die Unternehmer in schöner Regelmäßigkeit. Und die Bundesregierung betet es ihnen nach. Dagegen ist zu sagen: Wenn auch die Menschen mit hohem Einkommen prozentual so viel einzahlen würden wie wir, dann wäre schon viel gewonnen. Und wie unsere Steuergelder verwendet werden, ist eine politische Entscheidung. Ob Milliarden für bankrotte Banken fließen, deren Aktionäre jahrelang Superrenditen kassiert haben - oder für uns. Der Solidargleich für die Erwerbslosen muss vom Staat erbracht werden. Und dafür müssen Millionäre stärker besteuert werden und nicht weiter entlastet, wie die CDU es schon angekündigt hat.

Warum lassen wir uns das bieten, dass wir die überwältigende Hauptmasse der



„Setzen, 6!“

Steuern zahlen, dass aber für Soziales immer weniger Geld bereitgestellt wird. Wieso eigentlich?

In andern Ländern konnten Rentenkürzungen verhindert werden. Da gab es Proteste, nicht nur in der Freizeit, sondern einen Generalstreik. Die IG Metall in Baden-Württemberg hat einen guten Anfang gemacht, und für mehrere Stunden haben die Kolleginnen und Kollegen die Arbeit nieder gelegt. Machen wir es ihnen nach.

Es darf dabei nicht nur um ein „Aussetzen“ der „Reform“ während der Krise gehen, wie die Gewerkschaften es fordern, sondern um die „Absetzung“ der Rente mit 67. Wenn die Gewerkschaften jetzt eine Kampagne mit Streiks in Gang setzen würden, wäre ihnen die Unterstützung großer Teile der Bevölkerung sicher. Wir sollten mit Resolutionen darauf hin arbeiten.

Jung und Alt gemeinsam! Für die Rente mit 60 ohne Abzüge! ●rem

Was hat der ehemalige zweite Vorsitzende der IG Metall, **Walter Riester**, sich als Arbeitsminister angestrengt, uns seine Rente aufzuschwätzen. Er ist einer der wenigen, denen sie tatsächlich den Ruhestand versüßen wird. Inzwischen Bundestagsabgeordneter, hat er in zwei Jahren 284.000 Euro nebenher verdient. Zusätzlich zu seinen Abgeordnetenbezügen hauptsächlich mit Vorträgen bei Versicherungen, Sparkassen und Finanzberatern. Seine Diäten von derzeit 7.339 Euro bessert er so um fast 10.000 Euro auf. Diese Honorare sind der Dank für die Zerstörung der gesetzlichen Rentenversicherung durch ihn.

Hände aus der Tasche - die Fäuste gezeigt!

**Nicht betteln und bitten -  
nur mutig gestritten!**

Es ist schon einige Wochen her, dass in der Tagesschau ein Transparent gezeigt wurde, getragen von VW-Kollegen. „Wir stehen hinter den Familien Porsche und Piech“ war da zu lesen. Was hat die Kollegen dazu getrieben, sich hinter einen Kapitalistenclan zu stellen? Dessen Familienbande darin besteht, dass sich die Mitglieder untereinander den Profit abjagen wollen, der den Arbeitern in den Werken mit großem Erfolg abgepresst wurde.

Ins Bild passte die Demo der Schaeffler-Belegschaft für „ihre“ Kapitalistin, die



dann, gestylt wie immer, vor ihren Ausgebeuteten gerührt ein paar Krokodilstränen abdrückte. Kaum waren die vertrocknet, waren die Entlassungspläne auf dem Tisch.

Die Opel-Kollegen zittern um ihre „Rettung“, während in den Verhandlungen mit den diversen Übernahmeanwärtinnen Millionen Kürzungen auf Kosten der Belegschaft ausgehandelt werden.

#### **Kämpfen ist möglich**

Das könnte eine Zustandsbeschreibung der deutschen Arbeiterklasse im Krisenjahr 2009 sein: Demos für die Kapitalisten, betteln um Staatshilfe, zittern um die Existenz. Wäre da nicht der Streik der Erzieherinnen, die mutig zeigen, dass in der Krise Kampf möglich ist!

Die IG Metall jedoch, die die kampfstärkste Gewerkschaft sein könnte mit ihren Hunderttausenden organisierten Automobilarbeitern, macht Unterschriftensammlungen für „gute Arbeit“. Mit solchen papierernen Kampagnen werden verzweifelte Kollegen nicht zum Kämpfen ermutigt. Der vorhandene Dampf wird am Wo-

chenende auf Demos in Berlin abgelassen, statt den STREIK gegen das Kapital in den Betrieben zu organisieren!

Die Tarifrunden der letzten Jahre, die abgeschlossen wurden, ohne dass die gewerkschaftliche Kraft wirklich eingesetzt wurde, hat die Kollegen vom Kämpfen entwöhnt. Es setzte sich die Haltung durch: Der Abschluss ist zwar nicht gut, aber es geht auch ohne Streik. Das ist der tiefere Grund, dass sich die Belegschaften in der Krise auf die Seite des Kapitals stellen und mit ihm um Staatshilfe betteln.

#### **Arbeitszeitverkürzung!**

Die Einzelbelegschaften bangen hilflos und isoliert von einander um ihre Existenz. Dabei ist es höchste Zeit, dass die KLASSE wieder kampffähig wird. Ein eingendes Ziel ist dabei die Arbeitszeitverkürzung. Deutschland steht mit an der Spitze in Europa, wenn es um die längsten Arbeitszeiten geht. Hier werden durchschnittlich 41 Wochenstunden gearbeitet.

Ja, auch das Kapital verkürzt die Arbeitszeit in der Krise, weil ihr Einsatz nicht mehr profitabel ist, in dem es die Kollegen auf die Straße setzt - also auf Null. Oder lässt kurzarbeiten, jeweils mit allen Nachteilen für die Betroffenen.

Die Antwort muss sein: Arbeitszeitverkürzung für alle Arbeiter und Angestellten in den Fabriken und Verwaltungen - bei vollem Lohnausgleich!

Anstatt um Almosen zu betteln, muss für dieses Ziel mutig gestritten werden. Auch in den Gewerkschaften. ●krr

#### **IG Metall München fordert Arbeitszeitverkürzung!**

Einen Schritt in die richtige Richtung macht die IG Metall München. Am 25. Juni verabschiedete die Delegiertenversammlung einstimmig einen Antrag, überschrieben mit: Gerade in der Krise - Arbeitsplätze verteidigen - 35-Stundenwoche - aber für Alle! Der Antrag endet mit:

Unsere Zeit ist unser Leben! Dafür wird sich die IG Metall München in den nächsten Jahren engagieren - im Betrieb und in der Gesellschaft.

## Hände weg vom Streikrecht!

Im März diesen Jahres ist ein Gewerkschaftssekretär von Verdi vom Münchner Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 1.600 Euro verurteilt worden. Was hatte er verbrochen?

### Streikposten - eine unangemeldete Versammlung

Die Kolleginnen und Kollegen eines Bekleidungsgeschäftes in der Münchner Fußgängerzone wollten erzwingen, dass sie nach Tarif entlohnt werden und beschließen zu streiken. Wie das so üblich ist bei Streiks, versammelten sie sich vor dem Geschäft und protestierten mit Transparenten und Flugblättern. Daraufhin wurde der Gewerkschaftssekretär Orhan Akman, der die Kolleginnen und Kollegen unterstützte, angeklagt, eine unangemeldete Versammlung geleitet zu haben. Es stimmt, die Streikposten waren nicht angemeldet. Doch wo kommen wir hin, wenn Streikposten angemeldet werden müssen? Es wird dann für die Unternehmer kein Problem sein, Ort und Zeit der Streikmaßnahmen rechtzeitig zu erfahren und Gegenmaßnahmen zu treffen: Kollegen einschüchtern, Leiharbeiter anfordern oder was den Besitzern von Betrieben noch so einfällt, um einen Streik möglichst wirkungslos zu machen.

### Ein Angriff auf das Streikrecht

Ein solches Urteil ist nichts anderes als ein Angriff auf das Streikrecht, ein Recht, das wir dringend brauchen. Deshalb legte ver.di Berufung ein. Die Hauptverhandlung vor dem Landgericht München war jetzt für Juni angesetzt. Sie wurde jedoch abgesetzt, weil das Landgericht München die Entwicklung des Bayerischen Versammlungsgesetzes abwarten will. Zu Er-

innerung: Die Bayerische Staatsregierung hat im letzten Sommer als erstes Bundesland ein eigenes Versammlungsgesetz beschlossen. Ein Gesetz, das nicht die Versammlungsfreiheit, auch die der Streikposten, garantiert, sondern ein Recht des Staates festlegt, alles zu überwachen und zu kontrollieren. Ein Gesetz, das Versammlungen ab 2 Menschen definiert und eine Anmeldefrist von mindesten 72 Stunden festlegt - ganz im Sinne des Münchner Amtsgerichts. Ein Gesetz, das beim geringsten Verstoß gegen die massiven Einschränkungen Bußgelder bis zu 3.000 Euro vorsieht. Ein Gesetz, das festlegt, dass wir bei Demonstrationen und Versammlungen nicht einschüchternd wirken dürfen! Vorgeblich sollte mit diesem Gesetz ermöglicht werden, besser gegen Versammlungen und Demonstrationen von Faschisten vorgehen zu können. Diese demonstrieren seitdem jedoch genauso ungehindert wie bisher.

### Was Protest bewirken kann

Ein breites Aktionsbündnis, darunter Verdi, hat gegen dieses Gesetz beim Bundesverfassungsgericht Klage erhoben. Im Februar hat das Gericht mit einer einstweiligen Anordnung nun Teile des Bayerischen Versammlungsgesetzes außer Kraft gesetzt, vor allem was die enormen Bußgelder betrifft. Andere Teile wurden eingeschränkt. Die Bayerische Staatsregierung muss ihr Gesetz also ändern. Das ist ein Erfolg des Protestes, vor allem auch vieler Gewerkschafter, gegen diesen Angriff auf das Demonstrations- und Streikrecht. Doch darauf vertrauen, dass die Bayerische Staatsregierung ihr Gesetz nun tatsächlich im Sinne unseres Rechts zu streiken und zu demonstrieren ändert, können wir nicht. Es gilt also wachsam zu sein. Wir

### Im Druckerwerk Océ nichts Neues?

Verschieben wird die zum 1. Mai vorgesehene Tarifierhöhung von 2,1 Prozent. Mit dem Betriebsrat wurde bereits im Februar vereinbart, dass die Firmenleitung erst im Dezember zahlen muss, also sieben Monate später. Acht Monate sind tarifvertraglich möglich. Das heißt Einkommenseinbußen bis zum 1. Dezember, einschließlich entsprechender Verringerung des Pauschalbetrags. Der liegt damit bei sage und schreibe 15,25 Euro, für Auszubildende sind's gar ganze 4 Euro. Das mindert den Konzernbossen ihre Gewinneinbußen, aber welchen Arbeitsplatz rettet es bitte schön? Stattdessen wird weiter hemmungslos Personal abgebaut. 300 ist das Ziel und ein Drittel die Parole, in den Produktionshallen genauso wie in den Büros! Zunächst noch „sehr sozialverträglich“ (so der Betriebsratsvorsitzenden-Stellvertreter von der „unabhängigen“ Liste zur Süddeutschen Zeitung) per Auflösungsverträgen und Altersteilzeit. Dazu kommt immer der Wink mit dem Zaunpfahl: Wenn ein Sozialplan kommt, was kriegst du dann noch? Andere Frage: Wenn nun mit der Zeit mehr Océ-Kollegen in die Industriegewerkschaft Metall kommen und sich, somit organisiert, zu wehren beginnen, kriegen dann ihre Bosse auch noch immer alles von ihnen, was sie wollen? Krise hin oder her - die Nagelprobe steht aus. IOml

brauchen unsere Rechte. Verteidigen und immer wieder erkämpfen können wir sie nur, wenn wir sie auch nutzen. Laut und massenhaft. ●gr



2.500 Erzieherinnen streikten am 23. Juni den ganzen Tag. Sie versammelten sich nahe der Schwanthaler Höhe vor dem Haus des Kommunalen Arbeitgeberverbands. Dieser hatte in den Tarifverhandlungen zur Gesundheitsförderung und zur Entlohnung der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsbereich kein Angebot vorgelegt, das auch nur annähernd die Kernforderungen der Beschäftigten erfüllt. Die Kolleginnen zogen zum Marienplatz, das Wetter war schlecht, die Stimmung war ausgezeichnet.

**Die DKP im Internet:**  
**www: dkp-muenchen.de**

**AufDraht**

Herausgeber:  
**DKP München und  
Gruppe KAZ München**

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:  
Bernd Bücking  
Hofangerstr. 171 • 81735 München

Druck: Eigendruck im Selbstverlag  
e-Mail: Auf.Draht@gmx.de

Fortsetzung von Seite 1

## **Verdi will Monopol für die Telekom**

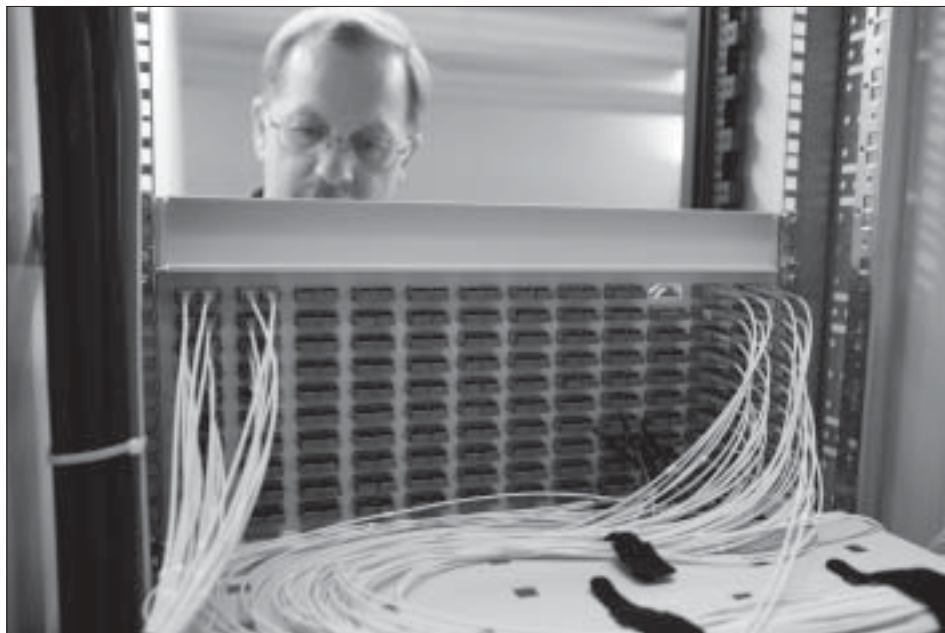
wirtschaftet, dann wird die Telekom Arbeitsplätze in einer Größenordnung vernichten, die alle bisherigen Planungen in den Schatten stellen. Von einem „sozialverträglichen“ Abbau könne dann nicht mehr die Rede sein.

Deshalb sieht sich die Gewerkschaftsführung mit der Telekom in einem Boot. Doch viele Verdi-Mitglieder haben mindestens ein flaes Gefühl, wenn ein Schulterchluss mit einem Unternehmer gefordert wird, der noch vor zwei Jahren die Löhne der Beschäftigten um ca. ein Fünftel herab gepresst hat. Es ist nicht gelungen, auch nur ansatzweise dies in der letzten Tarifrunde auszugleichen und die Angriffe der Telekom abzuwehren.

### **Nützt uns Sozialpartnerschaft?**

Die gewerkschaftlichen Niederlagen der letzten Jahre waren aber nicht nur den für die Gewerkschaften ungünstigen politischen Rahmenbedingungen geschuldet. Jahrzehntlang hatte die Gewerkschaftsführung mit der Methode der Sozialpartnerschaft durchaus Erfolge: also Interessenkonflikte durch Verhandeln und nicht durch Kampfmaßnahmen zu lösen. Das funktionierte bei einem staatlichen Betrieb. Nicht zuletzt lag das an den Verbindungen der Gewerkschaften zur SPD. Seitdem aber die SPD die Vertretung der Lohnabhängigen und Erwerbslosen unter Schröder vollends aufgegeben hat und nicht einmal mehr den Schein wahr, war mit dieser gewerkschaftlichen Strategie kein Blumentopf mehr zu holen. Schon nach der Privatisierung der Bundespost hätte die Verdi-Führung (bzw. damals noch die der ÖTV) die veränderte Lage analysieren müssen: denn ab da ging es nur um die Steigerung der Gewinne und damit der größtmöglichen Auspressung der Belegschaft.

Sollen wir zusehen, wie sich unsere Gewerkschaft zur „Betriebsgewerkschaft Telekom“ entwickelt? Gerade in der Wirtschaftskrise bedeutet eine solche Partei-



*Bleib nicht alleine, zieht zusammen an einem Strang!*

nahme für die Beschäftigten eines Konzerns automatisch das Todesurteil für die Arbeitsplätze der andern Betriebe. Denn der Markt schrumpft! Sind uns diese Kollegen egal? Gewerkschaftliche Politik darf sich nicht mit dem Unternehmer gegen die Interessen der Arbeiter und Angestellten anderer Betriebe verbünden! Kampf für alle Beschäftigten der Branche kann deshalb nicht unter dem Motto „Glasfasermopol für die Telekom“ laufen.

### **Wie Arbeitsplätze retten?**

Nur kurzfristig wären dadurch übrigens die Arbeitsplätze bei der Telekom gesichert. Hat sie erst einmal das Monopol, wird sie wieder rationalisieren, Löhne senken und Jobs vernichten. Wer hat denn noch Illusionen über die Telekom? Die Telekom strebt jetzt ein Monopol an, das bei einem staatlichen Betrieb wie der Bundespost sinnvoll war. Das wurde aber absichtlich von der Regierung zerschlagen, der Betrieb wurde privatisiert. Damals hieß es, nur mehr Markt bringt es. Doch damals waren die Kunden zufriedener und die Belegschaft auch. Beides wurde für den Profit geopfert. Und jetzt soll dieses private Un-

ternehmen erneut eine Monopolstellung erhalten? Das kann uns doch nur schaden.

Wir haben mal gelernt: gemeinsam sind wir stark! Nicht Kollegen gegen Kollegen, nicht Betrieb gegen Betrieb. Das war die Erkenntnis bei der Gründung der Gewerkschaften. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Nur so können wir den Unternehmern entgegentreten, wenn wir uns nicht spalten lassen. Wir brauchen die Gewerkschaft gegen die Angriffe der Unternehmer, nicht für das Bündnis mit ihnen.

Und es gibt eine **Alternative** für uns: **Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich** für alle Arbeitnehmer der Telekommunikationsbranche und Belastungsschutztarifverträge, um die gesundheitlichen Folgen der Leistungsverdichtungen durch Rationalisierung zumindest abzumildern.

Dazu müsste sich die Verdi-Führung allerdings zum Kampf entschließen. Verdi aber sind vor allem auch wir, nicht die von uns angestellten verdi-Sekretäre! Deshalb sollten wir klar machen: **Wir wollen Widerstand statt Co-Management!** ●stem

- Ich will die ~~Auf Draht~~ gerne regelmäßig bekommen - bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- Ich will die DKP kennen lernen - bitte schickt mir Informationsmaterial!
- Ich will die Gruppe KAZ kennen lernen - bitte schickt mir Informationsmaterial!

Name/Vorname

Tel.:

Straße, PLZ und Wohnort

Bitte einsenden an: „Auf Draht“ · c/o KommTreff · Holzapfelstr. 3 · 80339 München

## Monopole in der Krise

### MAN

Die Jahreszahlung wurde verschoben. Die 2,1 Prozent Tarifierhöhung zum 1. Mai werden gezahlt.

Im Dachauer Werkslager werden wieder Leiharbeiter beschäftigt, während im Allacher Werk kurz gearbeitet wird. Zum Jahresanfang waren alle Leiharbeiter auf die Straße gesetzt worden, dann die Befristeten. Das nennen die Kapitalisten „atmendes Unternehmen“. abei geht's den atmenden Unternehmern gut, während die Kollegen schwer schnaufen.

Die Produktion der Nutzfahrzeugbranche (Scania, Volvo, Daimler, MAN) ist um 90 Prozent eingebrochen. Die neue Sattelzugmaschine von MAN soll derzeit für 20 Prozent des Normalpreises zu haben sein und findet doch kaum Absatz. Bei den Kommunen regiert der Sparhaushalt, die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr werden reduziert.

Es geht ein Gerücht um: 1.500 sollen entlassen werden. Dagegen sollte der geltende Standortsicherungsvertrag schützen, aber scheinbar gibt es eine Lücke. Darum ist er wohl nie veröffentlicht worden.

### BMW

Die Jahreszahlung wurde gekürzt und 20 Prozent Überzahlung aufs tarifliche Weihnachtsgeld gestrichen. Die 2,1 Prozent werden gezahlt, aber Kollegen berichten, dass unterm Strich nun weniger rauskommt. Dafür fanden die Nicht-BMW-Fahrer auf dem Werksplatz unter ihrem Scheibenwischer eine Werbekarte: Sie sollen doch auch auf die teure Prämiummarke umsteigen!

### Siemens

Nach einem Bericht der „Tageszeitung“ lieferte Siemens Spitzel-Software an den Iran, mit dem aktuell die Opposition ausgespäht werden kann. Nokia Siemens Networks (NSN) ist genau genommen Vertreiber dieser Überwachungstechnologie. Sein Unternehmen habe nur Möglichkeiten zur Überwachung von Telefonaten im Fest- und Mobilnetz geliefert, so ein Firmensprecher. Dabei sei es allein um das Abhören von Sprache gegangen. (taz 28.6.09)

Die Empörung mag ja groß sein über das Vorgehen der iranischen Regierung nach der Wahl. Da sind sich alle einig, von Obama bis Merkel. Aber wir sollten überlegen, wo und an wem diese Software erprobt wurde - Stichworte Telekom, Deutsche Bahn usw.

### Karstadt - Quelle

Arme Milliardärin. Madeleine Schickedanz, die Großaktionärin von Arcandor, leidet in der Krise wie jede Verkäuferin bei Karstadt oder Quelle, wenn man ihrem Ehemann glauben darf. „Blöd am Sonntag“ vertraute er an: „Meine Frau macht sich Sorgen, dass sie möglicherweise alles verlieren könnte, was ihre Eltern in harter Arbeit aufgebaut haben.“

Wer da hart gearbeitet hat für die Quelle-Milliarden, waren die Kolleginnen und Kollegen und deren Elterngeneration, die nach 1945 einen der größten Warenhauskonzerne Deutschlands geschaffen haben und jetzt vor dem Aus stehen.

## Ärzte für Leistungs- einschränkung

Auf dem Ärztetag im Mai forderte der Präsident der Bundesärztekammer, Herr Hoppe, eine drastische Reduzierung der Leistungen im Gesundheitswesen. Natürlich nicht für die Privatpatienten - wo kommen wir da hin! - sondern für die Mitglieder der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Eine umfassende Versorgung für alle Versicherten sei nicht mehr finanzierbar, behauptete er.

In einem hat Hoppe recht: es besteht bereits jetzt zum Teil eine Mangelversorgung. Patienten der GKV bekommen nicht mehr jede Medizin, müssen lange warten, bevor sie einen Termin beim Facharzt bekommen, erhalten dort nicht jede nötige Untersuchung usw. Hartz-IV-Empfänger gehen wegen der Praxisgebühr zu selten zum Arzt.

Doch darum geht es den Ärztefunktionären und vielen Ärzten überhaupt nicht - sie wollen lediglich für sich mehr Geld aus dem System herausholen. Die Abrechnung der ärztlichen Leistungen mit den Krankenkassen erfolgt über die Kassen-

ärztlichen Vereinigungen. Diese verteilen die Versicherungsgelder unter den verschiedenen Ärztegruppen. Und da gibt es seit einiger Zeit ein Hauen und Stechen. Die Kassenärztlichen Vereinigungen sind nicht mehr in der Lage, ein Honorarsystem zu entwickeln, womit alle zufrieden sind.

Am Hungertuch leiden die Ärzte deshalb noch lange nicht. Mit einem Einkommen von 100.000 bis 120.000 Euro pro Jahr (nach Abzug aller Unkosten) lebt es sich doch wahrlich nicht schlecht.

Sparen könnte man an vielem im Gesundheitswesen, z. B. an den überhöhten Preisen für Medikamente (im Ausland bekommt man oft das gleiche Medikament für einen Bruchteil des Preises) - da hört man von den Ärztefunktionären nichts. Aufgrund des finanziellen Interesses vieler Fachärzte an der Auslastung ihrer Geräte wird in Deutschland vielfach öfter geröntgt als in andern europäischen Ländern. Sparen könnte man auch an der Doppelstruktur von Fachärzten und Kliniken. Andere Länder halten ein System von



Hoppe auf dem Ärztetag

praktischen Ärzten und Kliniken für völlig ausreichend.

Es gäbe also viele Möglichkeiten für sinnvolle Sparmaßnahmen. Und umge-

kehrt könnten die Leistungen verbessert werden, wenn wieder die Unternehmer bei den Beitragszahlungen in gleicher Höhe wie die Versicherten herangezogen würden.

Die aktuelle Beitragskürzung nützt uns dagegen wenig – im Gegenteil. Denn angesichts der schlechten finanziellen Lage der gesetzlichen Krankenkassen werden diese bald wieder eine Erhöhung beschließen. Die kommt dann aber in der Form des Zusatzbeitrags, den wir allein aufbringen müssen. Die Unternehmer werden insgesamt entlastet. Arme Menschen werden dagegen überproportional belastet, da die Zusatzbeiträge nicht prozentual, sondern als feste Summe erhoben werden.

Das wird natürlich erst nach der Bundestagswahl passieren. Aber es zeigt schon jetzt, auch auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, wie die Bundesregierung – in welcher Zusammensetzung auch immer – die Lasten der Krise verteilen will. Die Armen sollen zahlen, die Unternehmer nicht! Umgekehrt sollte es sein.

Dafür müssen wir uns aber einsetzen – und nicht den Ärztfunktionären die Öffentlichkeit überlassen.

In der DDR waren übrigens die Kosten – bei international anerkannter guter Versorgung – nur ein Viertel derer in Westdeutschland. ●rem

## AufDraht-Quiz

Wann wurde die 5-Tage-Woche in der Metallindustrie eingeführt?

- A: 1949
- B: 1954
- C: 1967
- D: 1984

Auflösung auf Seite 8

## Schulstreiks überall!

Am Mittwoch den 17. Juni fanden in vielen Städten Deutschlands Schulstreiks im Rahmen einer Aktionswoche zur Bildung statt. So auch in München, organisiert von der Schülerinitiative München, kurz SIM, und unterstützt von anderen fortschrittlichen Jugendorganisationen wie der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands (SDAJ). Der Demonstration schlossen sich außer vielen Schülerinnen und Schülern, Studentinnen und Studenten und Azubis auch Lehrerinnen, Lehrer und Eltern sowie einige der im Arbeitskampf stehenden KiTa-Angestellten an. In ganz Deutschland waren dabei 270.000 auf der Straße, in München 7.000.

Die Schikane der Polizei war während des ganzen Zuges allgegenwärtig. Als der Lautsprecherwagen vor einer Schule halt machte, deren Direktor die Schüler durch das Absperrn der Schule an der Teilnahme hindern wollte, war das zu viel für die Herren und Damen in Grün. Schon nach wenigen Minuten fingen sie an, jeden anzuschauzen, wenn die Demo sich nicht weiterbewegen würde, würden sie nun sehr schnell eingreifen. Letztlich musste die Demoleitung sich dem beugen, um so eine Auflösung zu verhindern.

Als der Zug den Lenbachplatz erreichte, erwartete uns eine Überraschung: Vor einer Privatbank gab kein geringerer als

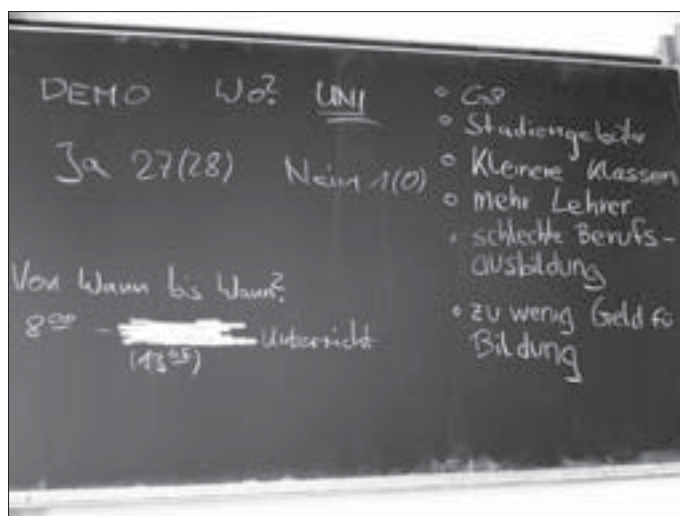
Ludwig Spaenle, der bayrische Kultusminister, genüsslich ein Interview. Da passte der Demospruch, dass der angeblichen Bildungsrepublik Banken wichtiger seien als die Bildung. Doch dass sogar der Mensch in der Landesregierung, der klar für die Bildung verantwortlich ist, sich lieber mit einigen Bankiers trifft und gemächlich tratscht, als auf die wahrscheinlich wichtigste Bildungsveranstaltung des Jahres zu gehen, lässt dieses Bild noch deutlicher erscheinen.

Auch die Polizei zeigte in diesem Moment wieder, wessen Herren Hund sie ist: die Ungestörtheit des Herrn Spaenle war ihr wichtiger als die Meinungsfreiheit von 7000 Menschen. Und so begann sie, vor allem jüngere Demonstranten einzuschüchtern und brüllte jeden an, der sich nicht sofort weiter bewegte, sogar wenn sie

ihnen selbst den Weg versperrten.

Von der Teilnehmerzahl und der Durchführung war der Schulstreik ein voller Erfolg, es waren dieses Mal insgesamt mehr Menschen auf der Straße als beim letzten Mal im November. Die Teilnehmer bekundeten bereits, sie kämen bald wieder, wenn sich nicht bald etwas ändern würde. Und wenn das so weiter geht, dann sieht das gut aus, denn wir werden immer mehr.

●fabi



### Get up Stand up - Streikziele

Die SchülerInnen wollen nicht mehr einfach hinnehmen, dass Klassen immer größer werden, die Schulen immer schlechter ausgerüstet sind, Schulgebäude nicht renoviert und die Lehrpläne zusammengestrichen werden. Das betrifft aber nicht nur SchülerInnen und Auszubildende. Auch an den Berufsschulen sind die Klassen zu groß und es gibt zu wenig Lehrer. Kantinen in Berufsschulen sind schlecht und teuer. Die Ausbildungsinhalte werden nach den Wünschen der Betriebe ausgerichtet, was du grad nicht für die Arbeit wissen musst, musst du auch nicht lernen. Nach so einer Schmalspurausbildung kannst du dein Leben lang bei BMW am Band stehen oder bei Bäcker Schmidt in der Backstube, wenn du überhaupt übernommen wirst. Und dabei gehörst du noch zu den Glücklichen, die eine Ausbildung machen dürfen, Hunderttausende Jugendliche suchen vergeblich einen Ausbildungsplatz.

Deshalb beteiligten sich auch mehrere Berufsschulklassen am Streik. Sie diskutierten erst gemeinsam, stimmten ab und gingen dann geschlossen auf die Straße! So muss es laufen!

## Heuchelei!

Frisch einberufen zur Bundeswehr, erfahren die jungen Kollegen als erstes, dass das oft beschworene Grundrecht auf Meinungsfreiheit in der Bundeswehr keinen Pfifferling wert ist. Es ist eingeschränkt. Der Rekrut lernt, Befehle nicht in Frage zu stellen, sondern sie willenlos zu befolgen. Eine Diskussion über politische Entscheidungen ist nicht vorgesehen in der Bundeswehr. Der „Staatsbürger in Uniform“ hat nicht nachzudenken, sondern zu gehorchen.

Wochenlang lernen sie bei Hitze und Kälte, durch Staub und Matsch marschierend, das Kriegshandwerk. Allzu großen „Schlappschwänzen“ wird mit Beschimpfungen und Drohungen nachgeholfen, die Torturen zu überstehen.

Nach der Grundausbildung werden sie an die Öffentlichkeit gezerrt. Der große Dienstanzug wird gereinigt, die Knobelbecher gewischt. Gelöbnis ist angesagt. Wehr- und willenlos gemacht, sollen sie geloben, „... das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.“

Schon gar nicht nachdenken sollen die Rekruten über die zahlreichen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Sie, die Militaristen, sprechen vom Recht, und lassen es mit Knobelbechern treten. Im Grundgesetz, das sie wie eine Monstranz von Freiheit und Demokratie vor sich hertragen, ist eindeutig festgelegt, dass der Bund „... Streitkräfte zur Verteidigung aufstellt“ (Artikel 87a).

Im Frühjahr 1999 war die Bundeswehr am Angriffskrieg gegen Jugoslawien beteiligt. Es wurden Städte, Brücken, Industrieanlagen, ja Schulen und Krankenhäuser bombardiert. 3.000 Tote, darunter 89 Kinder, sind Opfer dieses völkerrechtswidrigen Angriffskrieges geworden. Wurde Deutschland angegriffen und musste sich verteidigen? War „Recht und Freiheit des deutschen Volkes“ bedroht?

Tausende von Bundeswehrsoldaten beteiligen sich an einem mörderischen Krieg in Afghanistan. Wurde Deutschland angegriffen und muss sich verteidigen? Ist „Recht und Freiheit des deutschen Volkes“ bedroht?

Die Bundeswehr ist keine Verteidigungsarmee. Die Bundeswehr ist Teil eines aggressiven imperialistischen Militärbündnisses, das auch mit Waffengewalt die

Montag, 27. Juli 2009, 17.30 Uhr  
ANTIMILITARISTISCHE KUNDGEBUNG  
MARIENPLATZ

**KEIN WERBEN  
FÜRS STERBEN**

[www.gegen-krieg-und-faschismus.de](http://www.gegen-krieg-und-faschismus.de)

Soldat sein  
ist kein  
Beruf,  
sondern  
Töten  
auf Befehl



**PROTEST GEGEN  
BUNDESWEHR-GELÖBNIS**  
Do, 30.07. 14<sup>00</sup> Marienplatz  
**GELÖBNIX!**

gegenKriegundFaschismus.com ist ein Projekt der Gruppe des Friedensrats Deutschland, Friedensstraße 5, 80336 München, E-Mail: info@gegenKriegundFaschismus.com

Interessen der Konzerne gegen die Interessen der Völker durchsetzt. Weltweite Militäreinsätze dienen ausschließlich dazu, Großmachtsprüche und Expansionsinteressen und den Zugriff auf knapper werdende Rohstoffressourcen militärisch abzusichern. „Landesverteidigung entspricht nicht mehr den aktuellen politischen Erfordernissen“, wie in den verteidigungspolitischen Richtlinien mittlerweile formuliert wird. ●rw

### Wir wollen kein Militärspektakel in unserer Stadt

Wie der Presse zu entnehmen war, wurde von der Stadt München vom ursprünglich geplanten Ort der Vereidigung, dem Odeonsplatz, abgeraten. Dieser sei durch die unsägliche Tradition der Aufmärsche der Nazis in München historisch belastet. Aber vom Marienplatz aus haben die Nazis 1938 zu den Pogromen gegen jüdische Bürger aufgerufen. Diese historische Belastung scheint den Verantwortlichen nicht dramatisch genug zu sein. Wir wollen kein Bundeswehrgelöbnis. Weder auf dem Odeonsplatz noch auf dem Marienplatz noch sonst wo.

## AufDraht-Quiz

### Auflösung:

- A** Im Gründungsjahr der BRD galt weiter die 6-Tagewoche mit 48 Stunden aus der Nazizeit.
- B** Im Jahr der Adenauer-Betriebsverfassung gab es keine Verkürzung der Arbeitszeit.
- C** Richtig - und interessant! Mitten in der ersten kapitalistischen Krise der Nachkriegszeit gelang es der IG Metall, die 5-Tagewoche durchzusetzen. „Samstag gehört Papi mir!“ hieß die Losung. Übrigens: die DDR hatte zu der Zeit schon die 5-Tagewoche.
- D** Da gelang der Einstieg in die 35-Stundenwoche.